

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G


Wolfgang

Nešković

Kirsten

Tackmann

Dagmar

Enkelmann

Sabine

Stüber

Thomas

Nord

Diana

Golze

Solarförderung ja, aber nicht auf Äckern! von Kirsten Tackmann

Am Donnerstag wurden von der Bundesregierung vorgeschlagenen Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossen. Hierbei ging es vor allem um Kürzungen der so genannten Einspeisevergütung für aus Sonnenkraft gewonnenen Strom. DIE LINKE hat dazu den Antrag „Solarstromförderung wirksam ausgestalten“ (17/1144) eingebracht, der eine deutlich geringere Senkung der Einspeisevergütung fordert als die schwarz-gelbe Koalition. Die Pläne der Koalition sind aus Sicht der LINKEN energie- und wirtschaftspolitisch verheerend, gerade auch in Brandenburg, wo die Solarbranche Fuß gefasst hat.

Für intensive Diskussionen sorgte die Frage, ob Solaranlagen weiter auf (ehemaligen, also zu Bauland umgewidmeten) Ackerflächen gefördert werden sollen. Auch in der LINKEN Bundestagsfraktion gab es dazu unterschiedliche Auffassungen, vor Allem zwischen den Umwelt- und den AgrarpolitikerInnen. Für mich als agrarpolitische Sprecherin gehören Solaranlagen auf Dächer und ehemalige Mülldeponien. Ackerflächen sind eine sehr begrenzte Ressource, die schon jetzt tagtäglich schrumpft. Jeden Tag

gehen über 100 Hektar heimische landwirtschaftliche Nutzfläche verloren, z. B. für Straßen- und Siedlungsbau. Deshalb müssen wir alles tun, um diesen Flächenverbrauch zu stoppen, denn wir brauchen diese Flächen um Nahrungsmittel zu produzieren, um ökologische Vorrangflächen zur Verbesserung der Agrobiodiversität einzurichten und für nachhaltig angebaute Energiepflanzen als eine Grundlage für regional erzeugte und verbrauchte erneuerbare Energien. Für Photovoltaik-Anlagen würden die Äcker zumindest längerfristig, vermutlich aber endgültig für verloren gehen.

Für mich ist die Solarenergie ein sehr wichtiger Bestandteil des Energiemixes der Zukunft und ihr Ausbau ist eine Voraussetzung für den Ausstieg aus der Braunkohle. Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) sollten aber auf Konversionsflächen, Dächern und Deponien errichtet werden. DIE LINKE lehnt die Vorschläge der Bundesregierung zur Änderungen des EEG ab. Nur die zukünftige Streichung der Einspeisevergütung von PV-Anlagen auf ehemaligen Ackerflächen - mit einer etwas moderateren Übergangsfrist für bereits genehmigte Anlagen - ist agrarpolitisch sinnvoll.

In dieser Ausgabe:

Seite 1: Solarförderung ja, aber nicht auf Äckern!

Kirsten Tackmann

Seite 2: Ferienjobs auf Hartz IV anrechnen?

Diana Golze

Seite 3: Der griechische Obulus

Thomas Nord

Seite 4: Energiepolitik der Bundesregierung auf Irrwegen

Sabine Stüber

Seite 5: Erst mauert die Regierung dann regiert Panik

Dagmar Enkelmann

Seite 6: Die Rückkehr des Krieges

Wolfgang Nešković

Seite 7+8: Pressemitteilungen u. Reden der Landesgruppenmitglieder

Seite 9+10: Rückblick auf die Sitzungswoche

Seite 11+12: Kontakt

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Ferienjobs auf Hartz IV anrechnen? **DIE LINKE sagt NEIN!**

von Diana Golze

Die Forderung, Ferienjobs nicht auf Hartz IV anzurechnen, ist in erster Linie eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Bei Ferienjobs geht es um die wertvolle Erfahrung, etwas aus eigener Kraft zu schaffen, sich Ziele zu setzen und sie auch zu erreichen. Bereits in der vergangenen Wahlperiode, Anfang September 2009, hat DIE LINKE einen entsprechenden Antrag eingebracht, der mit der bestehenden Praxis, den jungen Menschen das erste selbstverdiente Geld auf Hartz IV anzurechnen, Schluss machen sollte. Obwohl in den Fernsehtalkshows der heißen Wahlkampfphase diese ungerechte Regelung vollmundig und parteiübergreifend auch als solche geißelt wurde, fand sich wenige Tage später im Plenum keine Mehrheiten für unseren Antrag.

Nach der Wahl wurde der Antrag von der LINKEN im November 2009 erneut eingebracht, diesmal begleitet von einem ähnlichen Antrag der SPD. Im Gegensatz zum LINKEN Antrag begrenzt der der SPD die Ferienjobs zeitlich auf vier Wochen im Jahr und beruft sich dabei auf das Jugendarbeitsschutzgesetz. Dieses Ar-



© StephanieHofschlaeger/ PIXELIO

gument ist rechtlich zu teilen – die Realität sieht allerdings ohnehin so aus, dass wohl kaum ein Schüler oder eine Schülerin länger arbeiten würde – zumal die Sommerferien nirgends länger als 6 Wochen sind! Die SPD möchte aber zudem begrenzen, wie gut der Ferienjob bezahlt sein darf! Sie wollen nur „angemessene Einnahmen“ von Schülerinnen und Schülern freistellen.

Doch was heißt „angemessen“? Wozu zusätzliche entwürdigende Kontrollen aller Ferienjobberinnen und Ferienjobber, wie es sie gäbe, folgte man dem Antrag der SPD? Nein, neue Kontrollen

– die noch dazu über das für alle geltende sozial-, arbeits- und steuerrechtliche Maß hinausgehen – lehnt die Linke entschieden ab. Jobbende Schülerinnen und Schüler können rein gar nichts dafür, wenn ihre Eltern schon lange arbeitslos sind.

Deshalb sollten Jugendliche ihr in den Ferien hart verdientes Geld komplett ausgeben dürfen – für eine Gitarre, für Reisen, für ein Mokick oder für was auch immer – deshalb bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung: Keine Anrechnung von Ferienjobs auf das Arbeitslosengeld II!

Der griechische Obulus von Thomas Nord

Seit der Einführung des Euro vor acht Jahren hat sich die Summe der Verbraucherkredite verfünffacht. Immer mehr Waren und auch Luxusgüter wurden auf Pump gekauft. Meckern über die Verschwendungssucht der Griechen hat Konjunktur, aber wie ist die politische Lage? Trotzdem ist die Verschuldung der Privathaushalte immer noch niedriger als in Deutschland. Der griechische Staat war 2009 mit 115,1% des Bruttoinlandsprodukts verschuldet. Wirklich überraschend kam dieser Anstieg nicht, 2006 waren es bereits 97,8%.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt in Griechenland mit 41,6 Stunden deutlich über dem EU-Durchschnitt von 37,4 Stunden. Sie gehen auch nicht früher in Pension oder Rente: Das mittlere Renteneintrittsalter liegt mit 61,4 Jahren genau im EU-Durchschnitt. In Deutschland sind es 61,7 Jahre. Die Griechen verdienen dabei deutlich weniger als der durchschnittliche EU-Bürger. Das Lohnniveau liegt bei 73 Prozent, die Renten bei nur 55 Prozent des EU-Durchschnitts. Jeder vierte Grieche verdient weniger als 750 Euro im Monat, jeder fünfte Haushalt lebt unterhalb der Armutsschwelle. Das soziale Gefälle ist viel größer als in Deutschland.



© wikipedia

Die Griechen haben alles daran gesetzt, in die Eurozone aufgenommen zu werden. Es wurde darüber diskutiert, dass die griechischen Haushaltsstatistiken geschönt sind. Die kritischen Argumente wurden seitens derjenigen in den Wind geschlagen, die über den Beitritt Griechenlands zur Eurozone zu entscheiden hatten. Es ist also fragwürdig, die Verantwortung für die aktuelle Situation alleine nach Griechenland abzuschieben. Nachdem die Regierung die Situation in bester Kohlscher Manier seit Monaten ausgesessen hat, müssen CDU/CSU und FDP nun in einem unglaublichen Tempo ein Gesetz durch den Bundestag und den Bundesrat peitschen, um die Zahlungsfähigkeit Griechenlands zu sichern. Portugal, Spanien, Italien

und Irland könnten folgen.

Die Bundesregierung will mit dem Gesetz den Finanzminister ermächtigen, Griechenland bis zu 22,4 Milliarden Euro Kredit zu geben. Was öffentlich mit „Deutschland rettet die Griechen“ diskutiert wird, sieht bei genauem Hinschauen anders aus. Der Finanzminister leiht am Geldmarkt für 3% Zinsen, gibt Griechenland den Kredit für 5% Zinsen und realisiert damit einen Gewinn von mehreren Hundert Millionen Euro. Ein kleiner Obolus, damit die deutsche Wirtschaft weiterhin Exportweltmeistergewinne einfahren kann. Und wenn es schief geht, zahlen in Griechenland und in Deutschland die gleichen Leute die Zeche.

Energiapolitik der Bundesregierung auf Irrwegen
 von Sabine Stüber



© ThomasKühnle PIXELIO

Am 5. Mai stellte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) seine neueste Studie zur Zukunft der Stromversorgung in Deutschland vor.

Der SRU ist ein wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung. Er hat den Auftrag, die Umweltsituation und Umweltpolitik in der Bundesrepublik zu bewerten. Dabei soll er auf mögliche umweltpolitische Fehlentwicklungen aufmerksam machen und Wege aufzeigen, wie diese vermieden werden können. Genau das hat der SRU im Unterausschuss des Bundestages vor einigen Tagen getan. Mit dem Ergebnis: Eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ist ökonomischer Unfug, genauso wie neue Kohlekraftwerke mit

CO₂-Abscheidung. Das ist keine Übergangslösung sondern wirkt kontraproduktiv auf die Entwicklung eines zukunftssicheren Energiekonzeptes. Die Studie sagt deutlich aus, dass der Strombedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Das ist sowohl in nationalen Grenzen als auch im Verbund mit 36 europäischen Ländern machbar und auch bezahlbar.

Die eigenen Experten bescheinigen der Bundesregierung Politikversagen. Denn diese macht genau das Gegenteil von dem, was notwendig wäre, um zügig zu einer Vollversorgung mit regenerativen Energien zu kommen. Die naturgemäß schwankende Einspeisung der Erneuerbaren Energien braucht für die

Übergangszeit als Ausgleich ein flexibles konventionelles Kraftwerkssystem mit Anlagen, die schnell hoch und runter gefahren werden können. Die Bundesregierung sollte die Warnung des SRU ernst nehmen. Mit ihrer Fixierung auf Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke und Kohle gekoppelt an die CO₂ Verpressung im Untergrund, bahnt sie Rahmenbedingungen an, die zu einer kostspieligen Unterauslastung konventioneller Kapazitäten führen.

Jedes neuen Kohlekraftwerk mit der teuren Technologie zur CO₂ Abscheidung und Verpressung wäre ökonomisch eine Fehlinvestition. Neue Anlagen haben lange Abschreibungszeiten und würden die Ablösung unseres veralteten Energiesystems nur hinauszögern. Das aber wird unnötig teuer.

Der SRU fordert die Bundesregierung zu einem klaren politischen Signal für eine zukunftsfähige Energieversorgung auf,
 w i r a u c h .

Wer sich das genauer ansehen will, findet die Studie unter Downloads hier:
www.umweltrat.de

Erst mauert die Regierung, dann regiert Panik

von Dagmar Enkelmann

In den Tagen vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen lagen bei den Regierenden die Nerven blank. Hektisches Agieren bei der Griechenland-Hilfe wurde bestimmt von der Frage: Was kann man den Wählerinnen und Wählern noch zumuten?

Vor gut sieben Wochen, bei ihrer Regierungserklärung am 25. März im Bundestag redete sich Merkel noch heraus, bislang sei Griechenland „nicht zahlungsunfähig geworden.“ Auch seien „düstere Vorhersagen über die Entwicklung in anderen Ländern nicht Realität geworden.“

Zeitgleich mit der Regierungserklärung der Kanzlerin debattierte der Bundestag im März 2010 auch einen Antrag der LINKEN „Eurozone reformieren – Staatsbankrotte verhindern“, (Drs. 17/1058). In diesem verlangt DIE LINKE, das Verbot gegenseitiger finanzieller Hilfen der EU-Länder aufzuheben sowie eine Euro-Anleihe aufzulegen. Auch sollte der Europäischen Zentralbank gestattet werden, Staatsschulden zu kaufen sowie „Wertpapiere“ wie handelbare Kreditversicherungen (CDS) zu verbieten.

Damit hätte schon im März gehandelt werden können – die



© RolfvanMelis/PIXELIO

Regierung aber mauerte, hoffte, es werde bis zum Wahltermin nicht so schlimm werden. Tatsächlich aber lieferte Schwarz-Gelb Griechenland den Spekulanten aus. So konnten sich die griechischen Probleme erst zu einer europäischen Finanzkrise auswachsen.

Wie verunsichert die Regierung ist, zeigte sich auch darin, dass die Koalition in dieser Woche eine bereits fest vereinbarte Abstimmung über einen Antrag der LINKEN zu einer Finanzverantwortungsgebühr, wie sie von US-Präsident Obama durchgesetzt wird, von der Tagesordnung kippte, indem dieser einfach nicht abschließend im Finanzausschuss behandelt wurde. Mit solchen Tricks ließ sich DIE

LINKE aber nicht beirren. Den „Obama“-Antrag brachte DIE LINKE dann am Freitag in Form eines Entschließungsantrags zusätzlich zu ihrem generellen Griechenland-Antrag ein.

Über beide Anträge wurde am Freitag namentlich abgestimmt. Wie die Abgeordneten zu den Forderungen der LINKEN stehen - so zu einer wirksamen Bankenabgabe, einer Börsenumsatzsteuer sowie einer Sonderabgabe auf Manager-Boni wie in Großbritannien – können Sie auf www.linksfraktion.de oder auf meiner Website www.dagmar-enkelmann.de nachlesen.

Die Rückkehr des Krieges
 von Wolfgang Nešković



Das stetig wachsende Engagement der Bundeswehr im Ausland verändert Deutschland auch im Inneren. Nach und nach erscheinen Auslandseinsätze und ihre außergewöhnlichen Folgen als selbstverständlicher Teil unseres Landes. Die Bundeswehr wird zur mobilen Einsatzarmee umgebaut. Der militärische Kampf wird ebenso als moralische Pflicht dargestellt wie seine Unterstützung im Inland. Die Aufklärung außergewöhnlicher Kriegsgeschehnisse wie des Bombardements von Kundus am 4. September 2009 wird - wenn überhaupt - zögerlich betrieben. Nach und nach gewinnt das Militär Raum im politischen Dis-

kurs und Denken zurück.

Die schwarz-gelbe Koalition möchte diesen Weg weiter gehen. Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass die Bundesregierung einen besonderen Gerichtsstand für Soldaten beschließen möchte. Die hier arbeitenden Staatsanwälte und Richter wären ausschließlich zuständig für die Verhandlung von Straftaten, die Soldaten im Rahmen von Auslandseinsätzen begehen. Offizielles Ziel ist es, die Verfahren gegen deutsche Soldaten zu beschleunigen. Bislang finden strafrechtliche Ermittlungsverfahren stets am jeweiligen Wohnort der einzelnen Soldaten statt.

Der Plan der Regierung, einen besonderen Gerichtsstand in Leipzig zu begründen, befördert eine gefährliche Nähe zwischen Militär und Justiz. Es besteht die Gefahr, dass die zuständigen Staatsanwälte ihre kritische Distanz zur Sichtweise des Militärs verlieren, wenn sie sich ausschließlich mit militärischen Sachverhalten auseinandersetzen. Die bislang bestehende zivile Perspektive der Justiz auf die Bundeswehr ist kein Manko, das es zu beheben gilt. Sie ist ein Gewinn für unseren Rechtsstaat.

Die Einstellung des Verfahrens der Bundesanwaltschaft gegen Oberst Klein sollte Warnung sein. Die Behörde hat ihre Entscheidung erkennbar mit einer militärisch geprägten Sichtweise auf das Bombardement in Kundus begründet. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Justiz, die Logik des Krieges nachzuvollziehen und anzuerkennen. Eine solche Haltung normalisiert die Perspektive des bewaffneten Kampfes. Diese sollte jedoch als Ausnahmezustand gelten.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Wolfgang Nešković

Pressemitteilung:

Gefährliche Nähe:

<http://www.wolfgangneskovic.de/artikel/gefaehrliche-naeche>

Rede:

Demokratische Pflicht:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1310934224>

Dagmar Enkelmann

Pressemitteilung:

Auch CCS-“Light“ ist keine Lösung:

<http://www.dagmar-enkelmann.de/index.php?id=10>

LINKE stimmt Fristverzicht bei Griechenland-Hilfe zu:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1286571967>

Kirsten Tackmann

Pressemitteilung:

Mindestanforderung an die gewerbliche Kaninchenhaltung auf den Weg bringen:

<http://www.kirsten-tackmann.de/show/3286353.html>

Tackmann unterstützt finanziell die Aufstellung einer Mahnsäule:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3288115.html>

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Diana Golze

Pressemitteilung:

Bewerbungsfrist für Stipendien des Parlamentarischen Patenschafts-Programms beginnt:
<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/bewerbungsfrist-fuer-stipendien-des-parlamentarischen-patenschafts-programms-beginnt/>

**Gute Arbeit –
Gutes Leben**

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Thomas Nord

Pressemitteilung:

Ziegenhals-Abriss bedauerliches Signal-Denkmalgesetz ändern:
<http://www.thomas-nord.de/aktuelles/presseerklarungen/detail/zurueck/presseerklarungen-1/artikel/ziegenhals-abriss-bedauerliches-signal-denkmalgesetz-aendern/>

Rede:

Pacta sunt servanda-Verträge sind einzuhalten:
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1346615453>

Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

Kleine Anfragen:

Celler/Kieler Trialog 2010:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7717032868_1701476.pdf

Offiziell registrierte Arbeitslosigkeit und offene Stellen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7705163709_1701477.pdf

Situation der Hebammen und Entbindungspfleger in Deutschland:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7705374416_1701478.pdf

Neue Kostenschätzung des geplanten Saale-Elbe-Kanals:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739580119_1701499.pdf

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten im März 2010:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791770250_1701498.pdf

Antisemitische Straftaten im ersten Quartal 2010:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742557415_1701497.pdf

Finanzielle Auswirkungen der Einführung des Einkommensteuerstufentarifs:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735333155_1701494.pdf

Gedenkort für Jugendkonzentrationslager für Mädchen und junge Frauen Uckermark:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7719102430_1701493.pdf

Lage der demokratischen Strukturen sowie Menschenrechte in Afghanistan:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7764413446_1701509.pdf

Zukunft der Kommunalfinanzen und Gemeindefinanzkommission:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746804952_1701508.pdf

Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7772173300_1701507.pdf

Stand der Umsetzung der zweiten Föderalismusreform:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7779727862_1701506.pdf

Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Iran und Umgang mit homosexuellen Flüchtlingen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7760811672_1701505.pdf

Forcierte Abschiebungen von Roma in den Kosovo:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7750042586_1701504.pdf

Neubesetzung des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7745868951_1701503.pdf

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7786966084_1701513.pdf

Reform der Grundsteuer:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714712912_1701526.pdf

Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

Kleine Anfragen:

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2010:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7774619048_1701527.pdf

Lohndumping-Leiharbeit von Redakteurinnen und Redakteuren in Zeitungsverlagen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7724928989_1701528.pdf

Goldener Plan Ost:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739202964_1701529.pdf

Entschließungsanträge:

Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz I :

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777729464_1701638.pdf

Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz II :

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7788875693_1701637.pdf

Anträge:

Krebserregende Stoffe in Kinderspielzeug:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706006813_1701563.pdf

Einstellungen der Verhandlungen mit den USA um ein neues SWIFT-Abkommen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7749153913_1701560.pdf

Deutsch-russische Beziehungen verbessern:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740232068_1701559.pdf

BAföG ausbauen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712909655_1701558.pdf

Alle BND-Akten zum Thema NS-Vergangenheit offenlegen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7713889529_1701556.pdf

Gesetzentwürfe:

Änderung des Aufenthaltsgesetzes:


http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7724858806_1701557.pdf

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Kontakt:




| | | | |
|---|--|---|--|
|  | Deutscher Bundestag | Frankfurt (Oder) | Fürstenwalde |
| | Platz der Republik 1 11011 Berlin Thomas.Nord@bundestag.de http://www.thomas-nord.de/ | Zehmeplatz 11 15230 Frankfurt (Oder) 03 35 / 500 17 65 / 66 | Schlossstraße 7 16617 Fürstenwalde |
| | Beeskow | | |
| | Mauerstraße 27 15848 Beeskow | | |
|  | Deutscher Bundestag | Kyritz | Neuruppin |
| | Platz der Republik 1 11011 Berlin Kirsten.Tackmann@bundestag.de http://www.kirsten-tackmann.de | Wilsnacker Strasse.1 16866 Kyritz 03 39 71 / 32 85 7 | Schinkelstr.13 16816 Neuruppin 0 33 91 / 65 54 20 |
| | Wittstock | Pritzwalk | Perleberg |
| | <u>mit Dieter Groß MdL</u> Burgstr. 27 16909 Wittstock 0 33 94 / 40 24 60 | Marktstr.42 16928 Pritzwalk 0 33 95 / 30 24 92 | <u>mit Thomas Domres MdL</u> Bäckerstr. 21 19348 Perleberg 0 38 76 / 61 68 40 |
|  | Deutscher Bundestag | Rathenow | Brandenburg |
| | Platz der Republik 1 11011 Berlin Diana.Golze@bundestag.de http://www.diana-golze.de | Märkischer Platz 2 14712 Rathenow 0 33 85 / 49 45 21 | Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg 0 33 81 / 21 17 89 |
| | Potsdam-Mittelmark | Teltow-Fläming | |
| | Straße der Einheit 53 14806 Belzig 0 33 841 / 43 89 0 | Große Straße 62 14913 Jüterbog 0 33 72 / 43 26 91 | |

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Kontakt:

| | Deutscher Bundestag | Eberswalde | Prenzlau |
|---|---|---|---|
|  | Platz der Republik 1 11011 Berlin Sabine.Stueber@bundestag.de http://www.sabine-stueber.de/ | Breite Str. 46 16225 Eberswalde 0 33 34 / 38 51 55 | Diesterwegstr.1 17291 Prenzlau 0 39 84 / 86 21 86 2 |
| | | | |
| | | | |
|  | Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Wolfgang.Neskovic@bundestag.de http://www.wolfgang-neskovic.de/ | Cottbus Str. d. Jugend 114 03046 Cottbus 03 55 / 78 42 35 0 | |
| | | | |
| | | | |
|  | Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Dagmar.Enkelmann@bundestag.de http://www.dagmar-enkelmann.de | Strausberg Wallstr. 8 15344 Strausberg 0 33 41 / 30 39 84 | Bernau Berliner Straße 17 16321 Bernau b. Berlin 0 33 38 / 45 95 43 |
| | | | |
| | | | |